

Ressort: Vermischtes

Soziales Engagement womöglich bald im Schulzeugnis

Berlin, 11.10.2018, 01:00 Uhr

GDN - Schüler, die sich gesellschaftlich engagieren, sollen dafür im Zeugnis gewürdigt werden - etwa wenn sie sich in Jugendzentren engagieren, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder im Naturschutz. Der Vorschlag ist Teil einer Beschlussvorlage für die Tagung der Kultusministerkonferenz (KMK) am Donnerstag und Freitag in Berlin.

Das 13-seitige Papier zur Demokratieerziehung in den Schulen, über das die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben) berichten, sieht vor, dass Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie stärker als bisher im Unterricht erörtert werden sollen. "Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen. Dafür braucht es überzeugte und engagierte Demokratinnen und Demokraten", sagte der Vorsitzende der KMK, Thüringens Bildungsminister Helmut Holter (Linke), den Zeitungen. Neben der Würdigung des Schüler-Engagements im Zeugnis könnten unter anderem Schülerparlamente gestärkt sowie außerschulische Lernorte vermehrt in den Unterricht einbezogen werden. So wolle man Schüler im Umgang mit Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit sensibilisieren. Es gelte, Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten und sich mit vereinfachenden Gesellschaftsbildern auseinanderzusetzen, heißt es in dem Papier. Bei den Lehrerverbänden stoßen die Vorschläge der KMK auf Unterstützung: "Die Politische Bildung wurde in den vergangenen Jahren zurückgefahren. Nach dem Pisa-Schock sind die Mint-Fächer, Mathe und Deutsch gestärkt worden. Jetzt gilt es, die Politische Bildung wieder nach vorne zu rücken", so Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Noch weiter geht der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger: "Wünschenswert wäre, dass es an jeder Schule einen Beauftragten für Demokratieerziehung gibt." Gut sei es auch, Politiker in die Schulen einzuladen, um die aktive politische Diskussion zu fördern. Der Vorstoß kommt zu einem Zeitpunkt, da die AfD in mehreren Bundesländern Online-Plattformen einrichten möchte, auf denen Schüler und Eltern melden können, wenn Lehrer ihrer Meinung nach gegen das Neutralitätsgebot in Schulen verstoßen. Die Kultusminister versuchen mit Blick auf die politische Diskussionskultur im Unterricht, den Lehrern den Rücken zu stärken - und verlangen dabei Ausgewogenheit: "Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen", heißt es im Demokratie-Papier der KMK.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-113250/soziales-engagement-womoeglich-bald-im-schulzeugnis.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com